

Anspruchsvolle Sonderpädagogik: Theatergruppe Richterswil macht Die Literatur und die Träume Bitterernste Nachwuchsdramatiker  
 «Schule für alle» braucht Zeit Seite 11 Insel Schönenwilt zur Bühne Seite 12 im Museum Strauhof Seite 13 in der «Winkelwiese» Seite 13

## Für «Verkehrsminister» Stocker hat die Strasse Vortritt

Der neue Regierungsrat und das Umfeld sehen divergierende verkehrspolitische Prioritäten für die Volkswirtschaftsdirektion

Der seit Mai amtierende Regierungsrat Ernst Stocker sieht in Verkehrsfragen seine grössten Herausforderungen. Nachholbedarf ortet er vor allem auf der Strasse. Diese Meinung teilt man im Kantonsrat nur teilweise.

Adrian Krebs

Man merkt, dass Ernst Stocker (svp.) erst seit kurzem das erste Glied der Zürcher Politik zielt. Am Freitag, bei einem der ersten öffentlichen Auftritte als Regierungsrat, wirkte er in Rüslikon neben den Granden wie Ständerat Gutzwiller und Gewerbeverbandspräsident Rutschmann noch etwas scheu. Zur Eröffnung der Gewerbemesse spricht er unaufgeregt und ohne rhetorisch gross zu brillieren. Damit ist er schon in bester Gesellschaft mit den meisten seiner neuen Kollegen. Von diesen, so sagt Stocker, sei er sehr gut aufgenommen worden. Auch über die «hochmotivierten» Mitarbeiter ist er voll des Lobes, es gebe keinen Anlass zu Rochaden.

Laut ersten Kommentaren stösst Stockers ruhige und bodenständige Art auch bei den ehemaligen Kantonsratskollegen auf gutes Echo. Er hatte zwar seit dem Amtsantritt am 1. Mai noch keinen Auftritt im Plenum, aber mindestens in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) hinterliess er einen guten Eindruck. Er stehe mit beiden Beinen auf dem Boden und könne gut zuhören, heisst es dort.

### Zentrale Finanzierungsfragen

Daraus sollte man aber nicht schliessen, dass Stocker ein Spaziergang bevorsteht. In seiner Funktion betreut er zentrale und teilweise umstrittene Dossiers. Sein Amt für Verkehr ist Schaltstelle für wichtige Infrastrukturentscheide. Dabei sind sich die Fraktionen im Kantonsrat nicht einig, ob die Priorität nun auf Strasse, Schiene oder Luft zu liegen hat.



Unaufgeregt reden und zuhören – Regierungsrat Ernst Stocker an der «Exposee 10» in Rüslikon.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

CVP-Kantonsrat Willi Germann (Winterthur) betrachtet die Koordination mit dem Bund in Fragen des Bahnbaus als vordringlich. Erste Priorität habe die Weichenstellung beim Vierspur-Ausbau der Strecke Zürich–Winterthur mit dem Brüttener Tunnel als langfristigem Ziel. Stocker müsse sich dabei ähnlich wie Rita Fuhrer bei der Finanzierung der Durchmesserlinie mit anderen Kantonen absprechen. Er traue dem Bund in dieser Frage nicht über den Weg. Parallel dazu müsse Stocker die «Herausforderung Limmattalbahn» anpacken und die Erweiterung der Glattalbahn vorantreiben.

Kantonsrat Robert Brunner (gp., Steinmaur) sieht das ähnlich. Die nötige Kapazitätserhöhung auf der Schiene werde Stocker bis zum letzten Tag in der Exekutive beschäftigen. Er spricht von der vierten und der bereits sich abzeichnenden fünften Teilergänzung der S-Bahn und den dringenden Sanierungen von Bahnhöfen im Kanton. Mit Strassenbau dagegen solle Stocker besser nicht die Zeit vergeuden, da helfe der Landwirt besser dem Sohn beim Heuen, polemisiert Brunner. Germann sieht hier Bedarf höchstens bei der Schaffung von mehr Raum für den Langsamverkehr in der Stadt Zürich.

Dezidiert anderer Ansicht ist der Kevu-Präsident Ruedi Menz (svp., Rüti). Die Bahnprojekte seien auf Kurs, da sehe er keinen Handlungsbedarf. Stocker müsse sich jetzt auf die Strassen konzentrieren. Er erwähnt als Beispiele den Gubrist und die Stadt Zürich, die mit ihren Projekten nicht vorwärts-mache. Wichtig sei auch die Oberlandautobahn, so Menz. Allerdings wage er kaum noch an deren Realisierung zu glauben. Zwar habe der Kanton durch die beabsichtigte Abtretung an den Bund an Einfluss verloren, aber eine Vor- oder Mitfinanzierung, wie sie diskutiert werde, sei zu verhindern.

Was den Flughafen angeht, sieht Menz ruhigere Zeiten auf Stocker zukommen. Wichtigstes Anliegen des Kevu-Präsidenten ist die Rückkehr zum «anständigen» Flugregime, wie es vor den deutschen Flugbeschränkungen herrschte. Dabei sieht er grösseren Handlungsbedarf beim Bund als bei Stocker, der hier nur beschränkten Einfluss habe. Brunner hat andere Prioritäten. Die Koordination zwischen dem Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) und dem kantonalen Richtplan werde «sehr schnell sehr akut», prognostiziert er. Stocker solle schnellstmöglich die Möglichkeit eines Pistenausbaus ausschliessen. Damit stünde er zwar in Opposition zum SIL, «aber er muss sich überlegen, ob er lieber einen Konflikt mit dem Bund oder seinem Elektorat will». Auch Germann empfiehlt den Verzicht auf den Pistenausbau, im Übrigen aber einen gegenüber der Ära Fuhrer «reduzierten Flughafen-Aktivismus».

### «Volk bestimmt über Pisten»

Stocker selber will von sich aus vorläufig nichts unternehmen in Richtung Pistenbauverbot. Können er auch gar nicht, betonte er am Freitag. Man müsse nun den Entscheid des Bundesgerichts zur Behördeninitiative für ein Pistenmoratorium abwarten. Anschliessend werde das Volk entscheiden, ob es einen Verzicht wolle, und im Fall eines konkreten Projektes werde es ja ohnehin zu einer zweiten Volksabstimmung kommen.

Befragt nach den grössten Herausforderungen, erwähnt Stocker zunächst die Sanierung der Kantonsfinanzen. In Verkehrsfragen sieht er grösseren Handlungsbedarf auf der Strasse als bei der Bahn: «Auf der Schiene passiert bereits viel», sagt der neue Volkswirtschaftsdirektor. Beim Strassenbau betrachtet er es als seine wichtigste Aufgabe, die Autobahnlücken zu schliessen, dafür wolle er sich beim Bund einsetzen. Neben der Nordumfahrung erwähnt Stocker die Oberlandautobahn, an die er immer noch glaube.

## Die «Schule für alle» braucht Zeit

Der Umgang mit dem Gedanken der Integration nach dem Rückzug des Sonderpädagogischen Konzepts

Die «Schule für alle», in die auch behinderte Kinder so weit wie möglich integriert sind, kann nicht einfach verordnet werden, wie sich gezeigt hat. Was sinnvoll und machbar ist, muss erneut diskutiert werden.

Walter Bernet

Die ersatzlose Streichung des kantonalen Sonderpädagogik-Konzepts durch Bildungsdirektorin Regine Aeppli hat vor einer guten Woche Staub aufgewirbelt. Die zahlreichen Reaktionen aus dem Umfeld der Schulen haben vor allem eines gezeigt: Man tut sich nicht überall, aber vielenorts schwer mit der Umsetzung des an sich unbestrittenen Integrationsgedankens in der Zürcher Volksschule. Die Ablehnung ist vor allem auf die Angst vor einer Überforderung der Schule und der Lehrpersonen zurückzuführen.

### Das Rad zurückdrehen?

Soll das Rad jetzt zurückgedreht werden? Ist die Integration von Auffälligen, Lernschwachen und Behinderten in die Regelschule als gescheiterter Versuch ad acta zu legen? Selbst scharfe Kritiker gehen nicht so weit. Riccardo Bonfranchi, Leiter der Heilpädagogischen Schulen der RGZ-Stiftung, hält diesen Schluss für falsch. Das Anliegen, dass

Kinder mit und ohne Behinderung nachhaltig miteinander in Kontakt kommen sollen, sei unbestritten. Bonfranchi bezweifelt allerdings, dass der Unterricht in schulischen Fächern der richtige Ort dafür sei. Insbesondere geistig Behinderte profitierten nur wenig von einem Sozialkontakt.

Trotzdem könnten auch Schulen Vehikel für eine kooperative Integration sein, sagt Bonfranchi. Er denkt an gemeinsame Lager oder an die Erarbeitung von Theater- oder Musicalaufführungen. Auch die halb- oder ganztägige Teilintegration in die Regelschule hält er für einen gangbaren Weg. Die spezifische Förderung sowie Therapien würden dann nach wie vor in der Sonderschule durchgeführt. Bonfranchi kann sich auch vorstellen, dass ganze Klassen von Behinderten statt in eigenen Gebäuden in Schulhäusern der Regelschule untergebracht werden, was zu pädagogisch wertvollen Kooperationen führen könnte.

Die Integration sei mit zu hoch gesteckten Zielen angegangen worden, kritisiert Bonfranchi. Sie sei durch vielfältige Formen der Kooperation zu ersetzen, dürfe aber nicht vom Tisch gewischt werden. Hätten die Bildungsdirektion und die Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) sich durch Fachleute aus der Praxis beraten lassen, müssten sie jetzt möglicherweise nicht nochmals über die Bücher, meint der Kritiker (der demnächst selber eine Berater-tätigkeit aufnimmt) maliziös.

Die Bildungsdirektion fährt trotz dem Rückzug des Konzepts mit der flächendeckenden Umsetzung des Integrationsgedankens gemäss Volksschulgesetz und Sonderpädagogik-Verordnung fort, wie es ihre Pflicht ist, hat aber Entlastungen angekündigt. Die Integrative Förderung ist bald in allen Schulen eingeführt. Dabei geht es im Wesentlichen um die Schulung der bisher in Kleinklassen unterrichteten Kinder in der Regelklasse, wobei eine Schulische Heilpädagogin die Klassenlehrerin unterstützt. Die Pflicht, einen Drittel des Pensums der Schulischen Heilpädagogin für Teamteaching mit der Regelklassen-Lehrperson einzusetzen, wird gelockert. Auf der Sekundarstufe können stattdessen Förderzentren eingerichtet werden. Kleinklassen können trotzdem geführt werden; zusätzliche Personalressourcen gibt es dafür aber nicht.

### Zu wenig Fachkräfte?

Auch die bisher praktizierten Formen der Integrierten (Sonder-)Schulung schwerer Behinderter – nicht zu verwechseln mit der Integrativen Förderung – werden weitergeführt. Oft besuchen die Kinder dabei zum Teil die Regelklasse, zum Teil die Sonderschule. Kritisiert wurde, dass die Ressourcen für die Integration ungenügend seien. Für einen einzelnen Schüler stehen weiterhin rund 7 Lektionen zusätzliche heilpädagogische Unterstützung zur Verfügung. Diese Ressourcen liessen

sich aber erhöhen, wenn mehr als ein behindertes Kind integriert werde, sagt Urs Strasser, Rektor der HfH, die Schulische Heilpädagogen ausbildet. Sie könnten auch mit den Dotationen für die Integrative Förderung kombiniert werden. Für Strasser verhilft die Kombination, sofern die gleiche Schulische Heilpädagogin alle Aufgaben übernimmt, zu grösseren Pensen und damit zu einer einfacheren Zusammenarbeit mit der Klassenlehrperson.

Eine Frage ist, ob die Integrierte Sonderschulung nicht am Mangel an geschultem Personal scheitert. Dass es zu wenig Schulische Heilpädagogen gibt, bestätigt Strasser. Diese Situation sei nicht ganz neu, habe sich aber verschärft durch die Verteilung der Pensen aus zentralen, nun ersetzten Kleinklassen auf mehr Personen in integrativen Formen in den Schulen vor Ort. Der Kanton habe zwar die Zahl der Ausbildungsplätze in Schulischer Heilpädagogik mit der Einführung des Volksschulgesetzes erhöht, diese werde jetzt aber wieder reduziert, weil der entsprechende Kredit auslaufe.

Für die Integrierte Sonderschulung lässt der Kanton zwar auch Personen mit regulärem Lehrdiplom zu. Strasser sieht aber ein gewisses Risiko darin, dass diesen Lehrpersonen die für diese Aufgabe notwendigen Kompetenzen fehlen. Der Kanton Zürich verlangt, dass die Ausbildung innert einer gewissen Frist nachgeholt wird. Die Hochschule für Heilpädagogik könne die

Ausbildung dieser Personen bieten, wenn der Kanton gewillt sei, diese auch zu finanzieren, sagt Strasser.

### Eine Frage der Zeit?

Der Rückzug des Konzepts führe dazu, dass die Gemeinden im Einzelfall kommunale Lösungen treffen könnten. Für Strasser hat das den positiven Effekt, dass die lokalen Umstände besser berücksichtigt werden können. Problematisch könne sein, dass je nach Gemeinde oder Schule für ähnliche Fälle ganz andere Lösungen getroffen würden. So seien bisher kaum thematisierte Möglichkeiten wie spezielle Integrationsklassen, Förderzentren oder die von Bonfranchi vorgeschlagenen Kooperationsformen schon heute möglich und würden auch praktiziert, sagt Strasser.

Ein Systemwechsel nach 100 Jahren Sonderschulung in speziellen Klassen und Schulen brauche wahrscheinlich Zeit und Entwicklungsarbeit, meint Strasser. Der Rückzug des Konzepts schaffe den dazu notwendigen Spielraum und sei nicht nur als Scheitern zu beurteilen. Die Vision einer weitest-möglichen Integration auch behinderter Schülerinnen und Schüler sowie einer «Schule für alle» sei in der Vernehmung von einer Mehrheit unterstützt worden. Pragmatische Lösungen und zahlreiche bereits heute existierende positive Beispiele werden, wie Strasser annimmt, den Prozess sicherlich in diese Richtung weiter fördern.